



Vorlage an

Sozialausschuss

zur Vorberatung
- öffentlich -

Gemeinderat

zur Unterrichtung
- öffentlich -

**I. Situationsbericht über den derzeitigen Stand der Altenheime,
Altenpflegeheime und Einrichtungen Betreutes Wohnen in Schwäbisch Gmünd.**

**II. Neue Wohnformen bzw. Entwicklung ergänzender Modelle zum Verbleib in
der angestammten Umgebung**

Anlagen:

Auflistung der Einrichtungen in Schwäbisch Gmünd zu I.

Beschlussantrag:

Das Gremium nimmt vom Situationsbericht zu Alteneinrichtungen in Schwäbisch Gmünd und von begleitenden Maßnahmen Kenntnis.

Sachverhalt und Antragsbegründung:

*I. Situationsbericht über den derzeitigen Stand der Altenheime, Altenpflegeheime und
Einrichtungen Betreutes Wohnen in Schwäbisch Gmünd*



In Schwäbisch Gmünd sind in den vergangenen Jahren/Jahrzehnten kontinuierlich eine Vielzahl von Seniorenzentren oder Altenheimen/Pflegeheimen entstanden. Hierbei handelte es sich überwiegend um öffentlich geförderte Einrichtungen.

In den letzten Jahren war/ist nun auch im privaten Bereich, d. h. im nicht öffentlich geförderten, ein verstärktes Engagement und Interesse festzustellen.

Für die Stadt Schwäbisch Gmünd waren diese verstärkt auftretenden Anfragen nun Anlass, die Situation bezüglich der Altenheime, Altenpflegeheime und Einrichtungen des betreuten Wohnens in Schwäbisch Gmünd aufzuarbeiten.

1. Öffentlich geförderte Einrichtungen

Mitte der 90er Jahre wurden mit dem Landespflegegesetz, den entsprechenden Pflegeheim - Förderverordnungen, dem Landespflegeplan sowie den daraus resultierenden Kreispflegeplänen die rechtlichen Grundlagen zur Förderung von Altenpflegeeinrichtungen geschaffen. Ziel der anschließenden Überlegungen und Entscheidungen war, anhand des festgestellten Bedarfs und dem gegenübergestellten Bestand ein ausgewogenes Verhältnis von stationären Pflegeangeboten für die älteren Mitbürger zu erreichen.

Aus dem derzeit noch gültigen Kreispflegeplan 2001 des Ostalbkreises lassen sich die Vorgaben zum Bedarf an Einrichtungen für Schwäbisch Gmünd entnehmen. Folgende Werte sind relevant:

Bedarf an Pflegeplätzen im Jahr 2010 für Schwäbisch Gmünd

Dauerpflege		Kurzzeitpflege		Tagespflege	
obere Variante	untere Variante	obere Variante	untere Variante	obere Variante	untere Variante
523	464	15,5	11,1	33,2	24,3

Bestand an Pflegeplätzen in Schwäbisch Gmünd derzeit:



Dauerpflege	Kurzzeit- pflege	Wach- koma- plätze	Tagespflege
680 <small>Riedäcker ist bereits mit 30 Plätzen eingerechnet.</small>	13	15	34

Aus den vorliegenden Zahlen und Aufstellungen lässt sich feststellen, dass der Bedarf für Pflegeheimplätze in Schwäbisch Gmünd derzeit und auch für die kommenden Jahre entsprechend dem Kreispflegeplan in vollem Umfang abgedeckt ist. Diese Situation bestand im Übrigen bereits auch schon vor der Entscheidung für das Seniorenzentrum Riedäcker. Dieses konnte jedoch unter dem Gesichtspunkt der stadtteilnahen Versorgung zusätzlich in den Kreispflegeplan aufgenommen werden.

Fraglich ist, ob der Kreispflegeplan nochmals erweitert wird. Hierfür spricht zum einen die demographische Entwicklung sowie sich die ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Das Land Baden-Württemberg hat im Übrigen angekündigt, dass es an einer öffentlichen Förderung von Alten- und Altenpflegeheimen zumindest bis zum Jahr 2010 festhalten wird. Dies wird seitens des Landes damit begründet, dass ohne Steuerungsmöglichkeiten von Land und Kommunen eine regional ausgewogene, in allen Landesteilen möglichst gleichmäßige und gleichwertige Versorgungssituation kaum zu gewährleisten wäre. Eine Marktsteuerung, bei der die Investitionskostenentscheidungen ausschließlich oder vorrangig durch Renditeerwartungen bestimmt werden, könnte zwar durchaus eine zahlenmäßig ausreichende Versorgung erreichen, doch habe man Zweifel, ob sie auch alle qualitativen Versorgungsziele erfüllen würde. Baden-Württemberg wolle eine Versorgungsstruktur, die von der Zielsetzung einer bedarfsgerechten, möglichst wohnortnahen pflegerischen Versorgung geprägt ist, beibehalten. Nicht zuletzt entlastet die Pflegeheimförderung die Bewohner der geförderten Einrichtungen und gewährleistet so sozialverträgliche Pflegesätze.

2. Nichtöffentlich geförderte Einrichtungen

Bei den nichtöffentlich geförderten Einrichtungen im Bereich der Alten- und Altenpflegeheime sowie den Einrichtungen des betreuten Wohnens ist zunächst herauszustellen, dass alle diese Einrichtungen weder mit dem Kreispflegeplan noch mit sonstigen Entwicklungsplänen der Kommunen abzustimmen sind.

Für das Errichten und Betreiben solcher Einrichtungen steht kein Regulativ mit Ausnah-



me des Marktes. Dass ein entsprechender Markt vorhanden ist, steht außer Frage. Die Frage bzw. Problematik liegt vielmehr darin, wie viel Kapazität der Markt noch benötigt und wann im größeren Umfang Kapazitäten entstehen. Dies hätte dann nicht nur einen Verdrängungswettbewerb, sondern höchstwahrscheinlich wirtschaftlich ruinöse Wettbewerbe zur Folge. Die sich hieraus ergebenden Folgen für die älteren Menschen bzw. die Bewohner solcher Einrichtungen sollten verhindert werden.

Wie bereits dargelegt, haben die Kommunen und Landkreise keine bzw. nur sehr geringe Einflussnahmemöglichkeiten im Bereich der privaten Investoren.

Die einzige Einflussnahmemöglichkeit seitens der Stadt besteht im Rahmen des Bauordnungs- und Baurechtsverfahren. Die Stadt Schwäbisch Gmünd nimmt diese Aufgabe sehr ernst und verlangt von den Bauherren deshalb auch entsprechende Bedarfsanalysen. Ferner wird in einem verwaltungsinternen Verfahren seitens des Sozialamtes eine Bewertung bzgl. Des einzelnen Projekts angefordert.

Betrachtet man die Situation der Pflegeplätze auf das Stadtgebiet (siehe Anlage 1), kann derzeit gesagt werden:

Die Stadtteile von Schwäbisch Gmünd nördlich der Rems weisen ein großes Angebot im Bereich der Altenheime/Altenpflegeheim sowie des betreuten Wohnens auf. Derzeit wird im Stadtteil Großdeinbach von privater Seite die Überlegung angestellt, ein Altenpflegeheim einzurichten und zu betreiben.

Nach der Inbetriebnahme der Einrichtung Riedäcker besteht nun auch für den Bereich südlich der Rems ein stadtteilnahes/wohnnahes Angebot insbesondere für die Stadtteile Bettringen, Weiler i. d. Bergen und Bargau. Ob der Bedarf für weitere Einrichtungen besteht, ist im Einzelfall zu prüfen.

Im Bereich der Kernstadt ist ebenfalls umfangreiches Angebot vorhanden, jedoch ist auch hier davon auszugehen, dass weitere Angebote hinzukommen werden. Dies insbesondere auch deshalb, weil man derzeit wieder davon abgeht, größere Einrichtungen mit 60 bis 100 Betten abzuschaffen, sondern wieder Überlegungen anstellt, dezentrale Einrichtungen mit 30 Plätzen in den Vordergrund zu rücken. Grundsätzlich ist sicher ein Ansiedeln von solchen Einrichtungen im Stadtgebiet zu befürworten, das dies dazu beiträgt, am öffentlichen Leben teilnehmen können und von den „kurzen Wegen“ (siehe Spital zum Hl. Geist, St. Anna, Melanchtonhaus, etc.) profitieren.

Aus der Anlage lassen sich des Weiteren die bestehenden Einrichtungen Betreutes Wohnen entnehmen.

II. Neue Wohnformen bzw. Entwicklung ergänzender Modelle zum Verbleib in der angestammten Umgebung



Das Thema bzw. der Bereich „Neue Wohnformen/Wohnumfeld“ war auch eines der zentralen Themen bei der Auftaktveranstaltung zur strategischen Weiterentwicklung der Seniorenarbeit in Schwäbisch Gmünd.

Der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich in den kommenden Jahrzehnten im Vergleich zu heute nahezu umkehren. Gab es z. B. 1950 etwa doppelt so viele Menschen unter 20 Jahren wie über 59 jährige, so wird es im Jahr 2050 mehr als doppelt so viele ältere als jüngere Menschen geben. Dazu eine Zahl aus Schwäbisch Gmünd: Hatten wir im Jahr 2001 für die Altersgruppe 60 und älter noch 15.356 Einwohner zu verzeichnen, ergibt die Hochrechnung für das Jahr 2020, und dies bei etwa gleich bleibender Einwohnerzahl, bereits 17.559 Einwohner.

Sicher werden bei dieser Entwicklung Heime, wie bisher, einen bedeutenden Beitrag zur Bewältigung der Versorgung Pflegebedürftiger leisten, die nicht in ihrem eigenen Haushalt oder im Haushalt von Familienangehörigen betreut werden können.

Festzustellen ist aber, dass das „Alter“ selbst seit Jahren einem Bedeutungswandel unterliegt. Dem modernen Altersbild entsprechend wird es künftig darum gehen, vermehrt Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, soweit irgend machbar selbstständig zu leben. Dazu ein Faktum: Die Bereitschaft zum Wohnungswechsel im Alter nimmt stark ab. 93 von 100 alten Menschen leben in der angestammten Wohnung. Alte Menschen ohne gravierende gesundheitliche Probleme können auch grundsätzlich bis ins hohe Alter in ihrer Wohnung bleiben, wenn die altersbedingten Einschränkungen durch familiäre Hilfe, sonstige Hilfestellungen (Putzkräfte, Bringdienste etc.) abgedeckt werden. Lag z. B. im Jahr 1973 das durchschnittliche Eintrittsalter in die Heimbetreuung noch bei ca. 70 Jahren, war dieses Mitte der 80er Jahre bereits eher bei 80 Jahren angesiedelt.

Aus dem Vorgenannten heraus können, und darüber sind sich viele Fachleute einig, folgende Schlüsse und Konsequenzen gezogen werden:

Die Anforderungen an eine „Kommunale Pflegeplanung“ werden sich in den kommenden Jahren weiter wandeln. Statt einer Ausrichtung auf die traditionellen Einrichtungen sollte die Entwicklung dahin gehen, ein breites, differenziertes und vor allem auch flexibles Angebot für unterschiedliche Zielgruppen (wie z. B. Wohngemeinschaften, betreute Wohngruppen, Wohnmodelle alt und jung) zu entwickeln und neben der Sicherung der Pflege in Pflegeheimen auch die Versorgung am Wohnort in der eigenen Wohnung in den Vordergrund zu stellen.

Die Anzahl der Menschen die sich alternative Wohnformen für ihr Alter wünschen, wird steigen. Durch Aufbau von sozialen Netzwerken im Wohnumfeld, der gegenseitigen Unterstützung, externer professioneller Hilfe etc. kann es ermöglicht werden, auch im Falle einer Behinderung oder wenn nur ein Hilfsbedarf zu bestimmten Tätigkeiten notwendig wird, selbstständig in der eigenen Wohnung zu bleiben.

Ganz im Sinne von diesen Gedanken haben auch die Teilnehmer an der Auftaktveranstaltung „Weiterentwicklung der Seniorenarbeit“ am 11.07.2005 mit dem Thema



„Neue Wohnformen/Wohnumfeld“ ein Handlungsfeld markiert. Nach der Sommerpause wird eine spezielle Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des Baudezernats sich hiermit weiter beschäftigen.

Bereits jetzt gibt es schon Projekte seitens der Stadt Schwäbisch Gmünd, die in eine neue Richtung weisen:

- **Projekt wohnortnahe Altenhilfe in Straßdorf**
Das Sozialamt arbeitet derzeit mit der Spitalmühle und einer Absolventin der BA Heidenheim für Straßdorf an einem sozialen Netzwerk, das Hilfestellungen für Senioren koordiniert. Dies soll ein langes eigenständiges Leben im Wohnumfeld ermöglichen.
Ein Übertrag auf andere Stadtteile wird zu gegebener Zeit angestrebt.
- **Wohnberatung**
Die bisher bereits in der Spitalmühle bestehende Wohnberatung für ältere Mitbürger wird ihre Dienste verstärkt anbieten. Dienste bedeutet in diesem Zusammenhang die Beratung zum Nachrüsten der bestehenden Wohnung in Form von altengerechten Umbauten (Umbau von Bädern, Installieren von Treppenliften, Beseitigen von Gefahrmöglichkeiten, Einbau weiterer Hilfsmittel etc.
- **Schaffung eines Dienstes von Pflege-Begleitern**
Das Land Baden-Württemberg bietet derzeit ein Modellprojekt zur Ausbildung von so genannten Pflege-Begleitern. Hierzu werden auf ehrenamtlicher Basis Bürger gesucht, die Familien etc., in denen Pflegeleistungen erbracht werden, unterstützen. Unterstützen bedeutet in diesem Fall keine direkte Mitwirkung bei der Pflege, sondern die Begleitung des Pflegers/der Pflegerin, d. h. die Pflegebegleiter sind Ansprechpartner zur Lösungsfindung von Problemen, die sich bei der Pflege ergeben.
Das Programm wird in Kooperation zwischen Stadt und dem DRK Schwäbisch Gmünd entwickelt und angeboten werden.
- **Profit goes Social – Ein Projekt aus dem Europäischen Sozialfonds**
Beim DRK Schwäbisch Gmünd wird in diesen Tagen mit einem Projekt der ambulanten und haushaltsnahen Versorgung von alten und hilfsbedürftigen Menschen begonnen. Das Projekt wird aus EU-Mitteln gefördert.
Angeboten werden kostengünstige Dienstleistungen, die es ermöglichen sollen, dass alte Menschen möglichst lange zu Hause bleiben können.
Die Stadt ist strategischer Partner dieses Projektes.